

Vortrag von Pierre Werner über die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion (Hannover, 29. April 1971)

Legende: Am 29. April 1971 hält Pierre Werner, luxemburgischer Staatsminister, Regierungspräsident und Finanzminister, in Hannover eine Rede über die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft.

Quelle: WERNER, Pierre. Die EWG auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion. Hannover: 29.04.1971. 11 S. Archives familiales Pierre Werner, Luxemburg.

Urheberrecht: (c) Archives familiales Pierre Werner

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vortrag_von_pierre_werner_uber_die_verwirklichung_einer_wirtschafts_und_wahrungsunion_hannover_29_april_1971-de-8fb748a7-105d-4368-a6f6-af39fe022b8b.html

Publication date: 19/12/2013

Die EWG auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion

V o r t r a g

gehalten von Herrn Pierre WERNER, Präsident der Regierung,
Minister der Finanzen des Grossherzogtums Luxemburg,

am 29. April 1971 in Hannover,

im Rahmen des Europa-Tags, veranstaltet durch den
Bundesverband der Deutschen Industrie.

=====

Die EWG auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Mit den Beschlussfassungen ^{des Ministerrats vom} des 9. Februars dieses Jahres ist die EWG in eine neue Phase Ihrer Entwicklung eingetreten. Sie befindet sich fürderhin auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion. Zugleich stellen diese Entscheidungen ein ^{und wesentlichen} weiteren Schritt in Richtung der europäischen Einheit überhaupt dar.

Trotzdem wurden die Beschlüsse des 9. Februars in der europäischen Öffentlichen Meinung unterschiedlich beurteilt. Dies schien um so auffallender als die grundsätzlichen Schlussfolgerungen des von der ad hoc Expertengruppe im Juni 1970 erstellten Interimsberichtes ^{nach der Voranschätzung einer durchgeführten} eine ziemlich allgemeine Zustimmung und sogar Begeisterung entfacht hatten. Je nach der europäischen Ideologie des einen oder des andern wurden die Unterschiede zwischen dem Endbericht der von mir präsierten Expertengruppe und der tatsächlich vom Ministerrat vorgenommenen Beschlussfassung unter- oder überbewertet. Die einen sprachen von einem historischen Glückstage für Europa, andere von Aufweichung der Vorschläge ^{des Stufenplans}

und von ^{einer Abmilderung die man ein} Eile auf Zeit. In einer Anzahl von Kommentaren, insbesondere hinsichtlich des experimentellen Charakters der ersten dreijährigen Etappe, wurde die ungenügende, rechtliche Bindung der Abmachungen unterstrichen. ^{was nicht fehlt von} Ich möchte hierzu folgendes sagen:

1. Wenn ich die Resolution des Ministerrats als rein politischen Akt ^{bedeut} zu bewerten habe, kann ich ihm nur das Prädikat ^{Bemerkung} "sehr gut" ^{gut und sogar} geben. Nach der ^{Grundlagen} grundsätzlichen Orientierung, welche die Staats- oder Regierungschefs der Sechs im Dezember 1969 hinsichtlich des Aufbaus einer Wirtschafts- und Währungsunion gaben, nach den derzufolge geführten Untersuchungen und Vorschlägen, ^{in Betracht auch das} nach dem in

- 2 -

der Präambel des Beschlusses vom 9. Februar ^{per Klausurieren} zum Ausdruck gebrachten ^{der eingeleiteten Prozess} ~~Vorsatz der Irreversibilität~~, scheint mir ein Abrücken von diesen Zielsetzungen ohne grossen Schaden für das ^{politisch} ~~Aufbauwerk~~ ^{europäische} überhaupt kaum denkbar. Es kann dieser oder jener Vorschlag vollkommener oder unvollkommener ausgeführt werden, aber die Richtung in der sich die EWG weiterentwickeln soll scheint mir endgültig gegeben zu sein.

2. An sich hätten die Regierungsvertreter auf Grund der üblichen Kompromisstendenz die Zielsetzungen weniger weittragend und umfassend gestalten können. Tatsache ist, ^{gedruckt} dass die sechs Regierungen ohne Abstrich die Definition und die Beschreibung der Endphase der Wirtschafts- und Währungsunion so übernommen haben wie sie in unserm Bericht geschildert war. Einerseits wird eine Währungsunion angestrebt, welche im Innern die vollständige und unwiderufliche Konvertibilität der Währungen, die Festsetzung von unveränderlichen Paritäten, die Beseitigung der Bandbreiten der Wechselkurse und die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs vorsieht. Sie kann mit der Beibehaltung der nationalen Geldzeichen einhergehen, oder ohne technische Schwierigkeit in dieser ^{klappen} Phase mit der Einführung einer einzigen Gemeinschaftswährung gekrönt werden. Auf diese Art und Weise wird es ermöglicht eine Zone zu schaffen in der sich der Güter-, Dienstleistungs-, Personen-, und Kapitalverkehr frei und ohne Wettbewerbsverzerrungen vollzieht, in dem vorgesorgt wird, dass hierdurch keine neuen strukturellen oder regionalen Ungleichgewichte verursacht werden. An diesem Leitbild machte der Ministerrat keinen Abstrich.

...

- 3 -

3. Der institutionelle Unterbau dieses grossen Unternehmens war im Bericht der Expertengruppe mit grösserer Bestimmtheit^t und Folgerichtigkeit angedeutet worden. Das gesteckte Ziel erfordert ohne Zweifel eine Weiterentwicklung der bestehenden Gemeinschaftsinstitution. ^{an} An diesem Punkt entzündeten sich nach der Veröffentlichung unseres Schlussberichtes grundsätzliche Kontroversen, obschon es keineswegs unser Ehrgeiz war über die politische Struktur Europas Endgültiges auszusagen. Wie die Verträge über die Montanunion und die EWG, ist das Programm, welches zur Wirtschafts- und Währungsunion führt, ein Prozess von überragender politischer Bedeutung. Aber an sich ist damit noch kein politischer Föderativstaat konstituiert. Die Brüsseler Entschliessung ist grundsätzlich zufriedenstellend indem sie ausdrücklich festhält, dass die Gemeinschaft im Wirtschafts- und Währungsbereich die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten erhält, die es ihren Organen ermöglicht, Aufbau und Lenkung der Union wirksam zu betreiben. Zu diesem Zweck werden die Entscheidungen der fundamentalen Wirtschaftsorientierung auf Gemeinschaftsebene getroffen, allerdings nach dem Subsidiaritätsprinzip, welches die Zentralisierung der Beschlüsse auf das für die Gemeinschaftsführung Notwendige beschränkt und jedem Mitgliedsstaat den notwendigen Spielraum zur Entfaltung seiner eigenen wirtschaftlichen Persönlichkeit belässt.

4. Es war das Bestreben der Regierungen den Parallelismus, das *Pari passu*-Vorgehen, hinsichtlich der Fortschritte bei der Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik einerseits, der Währungs- und Kreditpolitik andererseits aufrecht zu erhalten. Durch diesen Vergleich war ja der Streit zwischen den Monetaristen

...

- 4 -

und den Ökonomen beigelegt worden. Als eine der Garantien hierzu war insbesondere von der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland auf die Einbeziehung einer sogenannten Vorsichtsklausel gepocht worden. Man befürchtete, dass die Vorausleistungen auf währungspolitischem Gebiet bei einer eventuellen Unschlüssigkeit am Ende der ersten Stufe, für einzelne Mitgliedstaaten wegen der möglichen Überraschungen als nicht tragbar erachtet würden. Ich war vorerst nicht sehr eingenommen von dieser Art Revisionsklausel, welche notwendigerweise das politische Engagement abschwächt. Glücklicherweise erhielt die Vorsichtsklausel im Laufe der Diskussionen einen positiveren Charakter, der sie im Hinblick auf die Irreversibilität des angelaufenen Prozesses annehmbar macht. Sie besagt jetzt, dass die während der ersten Stufe getroffenen währungspolitischen Bestimmungen auch nach fünf Jahren in Kraft bleiben, wenn eine Übereinkunft über die Einzelheiten des Überganges von der ersten zur zweiten Stufe getroffen sein wird.

Der mit der Resolution vom 9. Februar gesetzte politische Akt ist mithin eindrucksvoll, selbst wenn man noch Bedenken hinsichtlich der Prozedur oder der Terminologie anbringen kann.

Wie bei jedem grossen politischen Unternehmen, muss man bestimmte Risiken miteinkalkulieren und sich auf Zwischenfälle und Rückschläge gefasst halten. Aber man hat doch den festen Eindruck, dass die Notwendigkeit einer Vertiefung des europäischen Aufbaus in der Richtung auf die Wirtschafts- und Währungsunion hin voll und klar erkannt wurde und von den sechs Regierungen nicht mehr in Frage gestellt wird.

Dass diese Notwendigkeit besteht, hat die Entwicklung der

zu dieser Vertiefung der EWG ...

- 5 -

letzten Zeit immer wieder bestätigt. Vorerst ist es die innere Dynamik des schon im Gemeinschaftlichen Markt Vorgesehenen und Erreichten welche die Entwicklung bestimmt. Der Römische Vertrag beschränkt sich weder auf eine Zollunion noch auf eine freie Tarifzone. Er tendiert zum freien Markt mit gleichen Chancen und ohne Wettbewerbsverzerrungen. Mithin sind verschiedene Komponenten des jetzt eingeleiteten wirtschaftlichen Einigungswerkes in den derzeitigen Verträgen schon enthalten. In dem EWG-Vertrag wird die "harmonische Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit in der gesamten Gemeinschaft" angestrebt. Die einleitenden Grundsatzartikel des Römischen Vertrags zielen auf umfassende, zu engen Bindungen führende Vorhaben wie z.B. eine gemeinsame Handelspolitik, die Freizügigkeit des Kapitals und die Abstellung der Störungen in der Entwicklung der Zahlungsbilanzen. Die in ihren Grundsätzen erst kürzlich bestätigte Agrarpolitik wird auch nur zu halten sein, wenn sie in eine allgemeinere Wirtschafts- und Währungsordnung eingegliedert ist. Nur eine derartige Ordnung kann der Unausgeglichenheit der Entwicklung in den verschiedenen Sparten des wirtschaftlichen Lebens abhelfen. Auf die Dauer lässt ein Wirtschaftskörper sich nicht kompartimentieren. Das von der gemeinsamen Marktordnung ^{in Agrarpolitik} angestrebte einheitliche Preissystem mit seiner zum Teil gebundenen Einkommensbildung kann nur in einem Klima der Stabilität und der Konkordanz ^{im Rahmen} der allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele ^{gewährleistet} ~~gewährt~~ werden.

Nun ist es doch schon so, dass die produktivsten Unternehmen unserer nationalen Volkswirtschaften sich schon längst auf den erweiterten Markt eingestellt haben. Was sich bei der Industrie

...

- 6 -

schon seit Jahren auswirkte, lässt sich neuerdings und besonders seitdem das Ziel der Währungsunion vorschwebt, im Bankensektor feststellen. Fusionen, Konzentrationen oder einfache Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus, sind an der Tagesordnung. Die Problematik des sich spontan entwickelten Geld- und Kapitalmarktes in Euro-devisen hat auch in den letzten Wochen nicht an Gewicht verloren. Von den einen geschmäht wegen seiner unkontrollierten Bewegungen, von den andern gelobt und gepriesen als Instrument eines fortschreitenden Kapitalaustauschs schwankt sein Charakterbild in der Geschichte. Wer diesen Markt durch eine andere Formel ablösen will ohne die Freizügigkeit des Kapitals in Frage zu stellen, kann diese Formel nur in Richtung einer europäischen Währungsordnung sehen.

Für die Länder der Gemeinschaft steht zur Zeit das Problem der Inflation im Vordergrund. Mit Gradunterschieden erscheint das Übel allgemein. Ob eine Abhilfe auf Gemeinschaftsebene leichter zu bewerkstelligen wäre, will ich dahingestellt lassen. Einkommenspolitik ist schon schwer im nationalen Rahmen zu handhaben. Man kann jedoch erwarten, dass unsere Konsultationen und Richtlinien auf Gemeinschaftsebene in dieser Materie auf die Dauer eine Resonanz bekommen werden, mit der die Zielsetzung der Stabilität, gekoppelt mit der des Wachstums, an Objektivität und Autorität gewinnen könnte. *an den Markt*
das mir die wirtschaftlichen Partner schon nicht so leicht verschaffen können

Auch in den letzten Wochen sind die Aussichten auf eine dauernde Besserung des Funktionierens des Weltzahlungsverkehrs nicht besser geworden. Jede der derzeitigen Reserve-Währungen gibt Probleme ihrer Art auf. In einer Welt, die schon an sich

X Ob es sich um die Stellung des Fundus in der Gemeinschaft, oder um das derzeitige System des Dollarsystems handelt, beiden sind Änderungen des

- 7 -

in Weiterführung des Werkes von Bretton Woods einer bewussteren Geldschöpfung und -lenkung ^{auf internationaler Ebene} zustrebt, sollte die EWG, schon allein wegen ihres handelspolitischen Gewichtes, eine Regionalgruppierung anstreben, welche einen beachtlichen Partner in diesem Geschehen darstellen könnte. Man fragt mich oft, ob die zukünftige europäische Währung als zusätzliche Reservewährung zu schaffen sei. Darauf muss ich antworten: Das weiss ich nicht. Eine Reservewährung kann man nicht "schaffen", eine Reservewährung "wird". Non nascitur sed fit! Die wirtschaftliche Leistung und die Weltoffenheit können allein derartige Entwicklungen bestimmen. Übrigens zeigt die Erfahrung, dass die Bürde der Leitwährung nicht leicht zu tragen ist.

Aber so weit sind wir noch nicht! Zur Zeit stehen wir vor einem mit viel Ausdauer, mit viel Geduld, mit viel Einbildungskraft und last not least mit einem starken politischen Willen zu verfolgenden Aufbau. Auf konjunktur- und haushaltspolitischem Plan beginnen demnächst die Konfrontationen über die Ziele der Mitgliedstaaten. Die Annäherung der Ziele, insbesondere auch der Instrumentarien der Wirtschafts- und Fiskalpolitik werden uns vor viele Proben des guten Willens stellen. Die Vorbereitung der öffentlichen Haushalte des nächsten Jahres muss schon die neue Einstellung widerspiegeln.

Inzwischen geben sich die Zentralbank-Gouverneure die technischen Mittel um die jetzt tägliche und stündliche Zusammenarbeit bei der Handhabung der Wechselkurse zu ermöglichen. Studien sollen anlaufen zwecks Harmonisierung der Instrumente der Geldpolitik und zwecks Gestaltung eines Europäischen Fonds für währungs-

...

- 8 -

politische Zusammenarbeit.

Ich habe schon erwähnt, dass die europäische Industrie den Anschluss an die Entwicklung zum gemeinsamen und freizügigen Markt relativ schnell gefunden hat. Deshalb ist mir eine Bemerkung unverständlich, die ich dieser Tage in einem die Verfechter der Währungsunion als Illusionisten hinstellenden Artikel einer nicht bundesdeutschen Unternehmerzeitschrift las. Der Autor beklagt sich ungefähr so: Was eine europäische Währung für die Unternehmer darstellt, davon wird überhaupt nicht gesprochen! Ich glaube, ein in der Praxis stehender Industrieller weiss am besten, was Sicherheit im Verkehr durch geordnete und gesicherte Wechselkurse zu bedeuten hat. Vor nicht allzu langer Zeit wandten sich die Flugzeugkonstrukteure der Gemeinschaft an die Kommission in Brüssel mit der Frage, welche Garantie man bei gemeinsamen mehrjährigen Studien- und Konstruktionsprogrammen den beteiligten Firmen geben könnte, um das Risiko der Währungsänderungen ausschalten zu können.

Man braucht dafür die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen. Ich glaube, niemand sah sie plastischer als die Experten der ad hoc Gruppe, die sich durch das Gestrüpp der widerstreitenden Ansichten durchzukämpfen hatten.

Aber behalten wir das Wesentliche im Auge: die Bewegung hin zum Ziel.

Wer immer noch zweifelt, dem möchte ich die Frage stellen, was es denn für eine Alternative gibt !

...

- 9 -

Die Wirtschaftsintegration Europas muss durch die Währungsunion hindurchgehen. In der Vergangenheit entstand diese Überzeugung bei mir einfach aus der Sachlogik der Zielsetzungen des Römischen Vertrags. Es kann eben niemals einen echten Gemeinsamen Markt geben, wenn das allgemeine Tauschmittel dieses Marktes, nämlich das Geld, weiterhin unter ausschliesslich nationaler Zuständigkeit bleibt. Weitere Argumente haben diese meine Überzeugung verstärkt: Die Wirtschaftsauffassung der westlichen Welt gründet sich auf der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und einer wachsenden Arbeitsteilung. Dieses Ziel kann nur innerhalb eines Systems frei konvertierbarer Währungen erreicht werden. Diese Konvertierbarkeit ist das genaue Gegenteil des Systems der Finanzautarkie, das zum letzten Weltkrieg geführt hat. Die Konvertierbarkeit erfordert einen fruchtbaren Leistungswettbewerb nicht nur zwischen den Betrieben, sondern auch in den allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhaltensweisen. Die Konvertierbarkeit vermindert die nationalen Eingriffsmöglichkeiten auf die Währung. Sie neutralisiert zum grossen Teil das althergebrachte Hoheitsrecht, Münzen zu prägen.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben zur Genüge bewiesen, dass in der Welt von heute selbst die grossen Länder nicht mehr absolute Herren ihrer währungspolitischen Massnahmen sind. Ohnmächtig standen wir gewissen Kapitalbewegungen gegenüber. Die nationalen Währungshüter erleiden den Einfluss eines ausserhalb der nationalen Verfügungsgewalt stehenden Kapitalmarktes u.a. im Bereich der Zinsfestsetzungen. Wir importieren und exportieren Inflation und Deflation.

Die Währungskonferenz von Bretton Woods hatte schon zu Ende

- 10 -

des letzten Weltkriegs einige Schlussfolgerungen aus dieser Lage gezogen, indem sie ein System weltweiter währungspolitischer Zusammenarbeit begründete. Innerhalb dieses Systems sind wir heute dabei, in Gestalt der Sonderziehungsrechte eine Art von neuer internationaler Reservewährung zu schaffen. Man mag über diese Neuerung denken wie man will, klar ist auf jeden Fall, dass sie eine Mutation einleitet, vielleicht den Weg zu einer objektiveren Währung, die den grossen wirtschaftlichen Wandlungen der Welt von heute sich anpasst und im Hinblick auf diese gemeinsam verwaltet wird.

Sollen wir in unserer Gemeinschaft, die viel engere Bande als die Weltwirtschaft aufweist, die sogar den Ehrgeiz für eine politische Union in sich birgt, gegenüber dieser neuen Orientierung im Rückstand bleiben ?

Das Einigungswerk Europas, das ja in diesem Falle nicht
vermittels der Gewalt durchgeführt wird, zählt natürlich auf *der*
gegenseitigen Verzicht zugunsten von gegenseitigem Vorteil hinzunehmen.
Das ist eine politische Entscheidung.
Das Unternehmen kann nur glücken, wenn es über das Wirtschaftliche
hinaus von dem Gedanken der sich täglich vertiefenden Solidarität
zwischen den Menschen der Gemeinschaft getragen wird.